

N o t i z

zu Händen von Herrn Bundesrat v. Steiger.

Aserbeidschanische Flüchtlinge.

Vor einigen Tagen wurde uns von der Türkischen Gesandtschaft der Direktor des türkischen Einwanderungsbüros in Istanbul, Dr. Atasagun, gemeldet. Er teilte uns mit, dass sich die türkische Regierung auf Grund seines letztes Jahr abgegebenen Rapportes entschlossen habe, die muselmanischen Flüchtlinge russischer Herkunft aufzunehmen. Jeder dieser Flüchtlinge, der nach der Türkei reisen wolle, müsse ein entsprechendes Gesuch einreichen.

Auf Grund der Besprechung mit Dr. Atasagun liessen wir sofort die Vertrauensleute der in der Schweiz verstreuten 292 muselmanischen Flüchtlinge herkommen und orientierten sie über die Vorbereitungen für den Transport. Jedem wurde eine gewisse Zahl von Flüchtlingen zugewiesen, die er zu besuchen und für die er das in türkischer Sprache auszufüllende Formular vorzubereiten hatte. Wir verlangten von den Vertrauensleuten, dass sie ihren Kameraden mitteilen, sie müssten von der gegebenen Möglichkeit zur Ausreise nach der Türkei Gebrauch machen. Ein weiterer Aufenthalt in der Schweiz komme nicht in Frage.

Aus früheren Erhebungen wussten wir bereits, dass eine grössere Zahl dieser aserbeidschanischen Flüchtlinge in der Schweiz bleiben will und sich gegen jede Ausreise streubt. Die ersten Nachrichten, die wir von den Vertrauensleuten erhielten, bestätigten diesen Eindruck. Wir schickten daraufhin Mitarbeiter zu verschiedenen Detachementen und liessen nachher alle diejenigen, die sich weigerten, das Formular zu unterschreiben, nach Wöschnau in das Stammlager aufbieten. Hier wurde jeder einzeln, der sich auch nach den wiederholten Vorstellungen geweigert hatte, das Formular zu unterschreiben, nochmals vom Unterzeichneten und seinen Mitarbeitern eingehend befragt.

Weder Drohungen noch Versprechen konnten aber die Leute veranlassen, von ihrem Entschluss, nicht nach der Türkei zu fahren, sondern in der Schweiz zu bleiben, abzugehen. Da es sich zumeist um recht primitive Leute handelt, oft sogar Analphabeten, war es schwierig, mit ihnen zu argumentieren. Die immer wieder gehörte Antwort lautete einfach so: "Die Schweiz ist schön, wir haben keinen Grund, nach der



Türkei auszuwandern, wir werden die Schweiz nicht verlassen, Ihr könnt mit uns machen was Ihr wollt, wir gehorchen nur, wenn Ihr uns fesselt und mit Gewalt an die Grenze stellt." Andere wiederum drohten mit Selbstmord.

Die Leute, die sich weigerten, das Einreiseformular zu unterzeichnen, haben wir vorläufig im Lager Wöschnau, wohin sie aufgeboten worden waren, gelassen. Die vorläufige Zusammenstellung zeigt, dass von den 292 Aserbeidschanern 208 das Einreisegesuch unterzeichnet haben. Einige sind krank, zum Teil in Sanatorien in Davos und kommen deshalb für die Ausreise nicht in Frage. Einige wenige sind besondere Verhältnisse, sodass die Weigerung zur Ausreise begründet erscheint. Alle andern rund 70 hätten unserer Auffassung nach an der Ausreise nach der Türkei teilnehmen müssen.

Die Reisewilligen werden am 5. Juni in Genua eingeschifft. Der Transport bis Genua muss von der Schweiz organisiert werden. Die Nichtreisewilligen werden morgen vom Lager Wöschnau in das Lager Möhlin versetzt werden, um das Lager Wöschnau zu räumen für die Aufnahme der Reisewilligen, die vorher noch von uns geimpft werden müssen. Wir haben die Absicht, die Nichtreisewilligen mindestens bis nach dem Abgang des Transportes im Lager Möhlin zu behalten, da wir andernfalls erwarten müssten, dass sich auch noch eine Reihe der heute Reisewilligen im letzten Augenblick weigern würden, zu reisen. Nur eine Minderheit reist wirklich begeistert nach der Türkei. Andere haben sich bloss dazu entschlossen, weil wir ihnen die weitem Aussichten in der Schweiz recht schwarz dargestellt haben und weil sie befürchten, doch vielleicht noch einmal in russische Hände zu kommen.

Schwierig wird die Frage sein, was nach dem Transport mit den Reiseverweigerern geschehen soll. Wir werden sie kaum auf lange Zeit in einem Lager behalten können. Da die Leute zumeist nicht ausreisen wollen -- abgesehen von einigen Ausnahmen -- werden wir sie auch nicht in ein anderes Land weiterbringen. Technisch möglich wäre nur die gewaltsame Ausschaffung nach Russland, was aber aus politischen Gründen wohl kaum in Frage kommt. Wenn wir die Leute nach dem 5. Juni aber wiederum an ihre Arbeitsstellen zurückkehren lassen, werden sie in ihrer Auffassung, dass wir ihnen gegenüber ja doch keine Gewalt anwenden könnten und vor den letzten Konsequenzen zurückschrecken, bestärkt. Der eine oder andere hat bereits in Wöschnau bei der Befragung deutlich erklärt, sie hätten sich letztmals geweigert, nach Russland zu gehen, und die Schweiz habe nichts tun können, sie würden sich auch weiterhin weigern, irgendwohin zu gehen, und die Schweiz werde nichts tun können.

Bedauerlich ist, dass vor allem die bessern Leute wegreisen und dass von den an sich kaum assimilierbaren Elementen mit Ausnahmen gerade jene zurückbleiben, die kaum als erfreulichen Zuwachs unserer Bevölkerung gelten können. Wir werden mit diesen Leuten, wie bisher schon, laufend Schwierigkeiten haben.

Die wahren Gründe ihrer Weigerung, nach der Türkei zu gehen, dürften ausschliesslich darin liegen, dass es ihnen in der Schweiz allzu gut gegangen ist. Die meisten haben in der letzten Zeit in der Industrie gut verdient und haben sich, da sie weiter keine Verpflichtungen hatten, Dinge anschaffen können, die sie in ihrem bisherigen Leben noch nie besessen und kaum gesehen haben. Jeder hat zum mindesten ein neues Fahrrad und mancher trägt eine goldene Armbanduhr. Die Leute wissen, dass sie bei allem Wohlwollen, das ihnen die türkische Regierung entgegenbringt, nie mehr einen derartigen Lebensstandard haben werden und streuben sich deshalb gegen die Ausreise, auch wenn man ihnen spätere Arbeitslosigkeit in den schwärzesten Farben malt. Sie scheinen überzeugt zu sein, dass auch bei einer Verschlechterung der Verhältnisse ihre Lage in der Schweiz noch immer weit besser sein werde als in der Türkei oder irgend einem andern Lande.

Viele dieser Flüchtlinge - der reisewilligen und der andern - haben mit Frauen in der Schweiz Verbindungen angeknüpft, die vielfach nicht ohne Folgen geblieben sind. In mehreren Fällen handelt es sich um seriöse Verhältnisse, in andern weniger. Der Regierungsrat des Kantons Solothurn hat sich bereit erklärt, die Heiratsbewilligung zu erteilen, sofern sich die Brautpaare zur Ausreise nach der Türkei entschliessen. Nachdem dieser Tage das Verkündverfahren eingeleitet worden ist, sollen in der nächsten Zeit etwa 17 Paare getraut werden. Ich möchte bei dieser Gelegenheit betonen, dass auf die Schweizerfrauen kein Druck ausgeübt worden ist, nach der Türkei zu reisen. Im Gegenteil hat man ihnen klargelegt, dass sie es sich wohl überlegen sollten, bevor sie die Bindung eingehen und in die für sie ungewohnten Verhältnisse nach der Türkei reisen. Zur Zeit haben wir alle Mühe, zwei hochschwangere Frauen davon abzuhalten, am Transport teilzunehmen, weil in ihrem Zustand eine Mehrfahrt unverantwortbar ist. Die beiden Frauen könnten gemäss einer Zusicherung des türkischen Delegierten später reisen.

Im übrigen können jetzt keine nachträglichen Anmeldungen mehr angenommen werden. Später als mit dem vorgesehenen Transport können nur Leute reisen, die heute krank sind, aber eine Erklärung abgegeben haben, dass sie nach der Türkei reisen wollen.

Eine schwierige Situation ist für viele Arbeitgeber entstanden, weil wir sie verhältnismässig spät erst orientieren konnten und einzelne der Leute fast von einem Tag auf den andern aus den Betrieben wegnehmen mussten. Wir hatten mit mehreren dieser Arbeitgeber Unterredungen, auch noch in Wöschnau. Die meisten stimmten dem Grundsatz zu, dass diese Leute unbedingt unser Land verlassen sollten, weil sie nicht assimilierbar sind. Dagegen verstanden sie

- 4 -

nicht, dass die Reise nicht noch einige Monate hinausgeschoben werden könne. Leider war es aber nicht möglich, den Transport nochmals hinauszuschieben, nachdem schon seit mehr als einem Jahr immer wiederum davon gesprochen wird und wir unsererseits bei der Türkischen Gesandtschaft schon mehrfach auf Antwort gedrängt hatten. Der türkische Delegierte hatte sogar den 15. Mai vorgeschlagen. Darauf konnten wir aber nicht eintreten, weil sonst zu wenig Zeit gewesen wäre, die Leute für die Ausreise zu gewinnen und zu beeinflussen. Da die Leute auf einem türkischen Schiff -- allerdings zu unsern Lasten -- nach Istanbul verbracht werden sollen, war es nicht an uns, das Datum festzulegen.